

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Europa und Internationales

zu der Mitteilung Landesregierung vom 17. Oktober 2024 – Drucksache 17/7680

Bericht über aktuelle europapolitische Themen

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung der Landesregierung vom 17. Oktober 2024 – Drucksache 17/7680 – Kenntnis zu nehmen.

23.10.2024

Die Berichterstatterin:

Der Vorsitzende:

Sabine Hartmann-Müller

Willi Stächele

Bericht

Der Ausschuss für Europa und Internationales beriet öffentlich die Mitteilung der Landesregierung, Drucksache 17/7680, in seiner 34. Sitzung, die als gemischte Sitzung mit Videokonferenz stattfand, am 23. Oktober 2024.

Abg. Nicolas Fink SPD bat Herrn Staatssekretär Hassler um eine kurze Einschätzung der Situation in der Republik Moldau. Er meinte, nach eigener Wahrnehmung sei die knappe proeuropäische Mehrheit ein großer Erfolg, insbesondere vor dem Hintergrund der Art und Weise, wie Russland versuche, Einfluss zu nehmen.

Staatssekretär Florian Hassler trug vor, bereits auf der ersten Delegationsreise in die Republik Moldau sei vor dem Hintergrund des Angriffskriegs in der Ukraine gesagt worden, dass Baden-Württemberg versuchen werde, die proeuropäische Regierung in der Republik Moldau zu unterstützen. Die Situation bei dieser ersten Reise sei sehr schwierig gewesen, insbesondere im Hinblick auf die Energieversorgung, aber auch im Hinblick auf die Weiterbezahlung der Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst. Mittlerweile sei es der Republik Moldau mit europäischer, vor allem auch mit rumänischer Hilfe gelungen, die Probleme bei der Energieversorgung zu lösen. Diese große Solidarität mit dem kleinen Nachbarn Moldau sei der rumänischen Regierung, aber auch dem rumänischen Volk sehr hoch anzurechnen. Auch der gesamte Apparat der öffentlichen Verwaltung funktioniere trotz der Spaltung, die es angesichts der sehr starken prorussischen Kräfte gebe. Diese würden beispielsweise in Transnistrien von russischem Militär unterstützt. Die prorussischen Kräfte hätten auch versucht, auf das Referendum über die Mitgliedschaft

Ausgegeben: 4.11.2024

1

der Republik Moldau in der Europäischen Union Einfluss zu nehmen. Dabei seien Stimmen gekauft, Oppositionelle eingeschüchert und starker Einfluss auf die Justiz genommen worden. Nichtsdestotrotz habe am Ende eine knappe Mehrheit für den EU-Beitritt gestimmt.

Mit knapp über 50 % sei die Mehrheit sehr dünn gewesen. Die Regierung in der Republik Moldau habe sich durch dieses Europareferendum eigentlich eine stärkere Mobilisierung der proeuropäischen Kräfte erhofft. Diese Rechnung sei nicht aufgegangen. Das mache es für die Präsidentin Maia Sandu im zweiten Wahlgang nicht gerade einfach. Die Spaltung in der Republik Moldau bleibe bestehen.

Im Übrigen hätten der stellvertretende Premierminister und der baden-württembergische Ministerpräsident eine gemeinsame Absichtserklärung zur Begründung einer neuen Gemischten Regierungskommission unterzeichnet. Die Idee dazu gehe auf die Delegationsreise im Jahr 2022 zurück. Die erste Sitzung werde voraussichtlich im Frühjahr in Baden-Württemberg stattfinden. Er werde die Ausschussmitglieder auf dem Laufenden halten und versuchen, sie auch einzubinden.

Abg. Emil Sänze AfD bat um Auskunft, ob die Gesprächsprotokolle zu der gemeinsamen Sitzung des Ausschusses des Bundesrats mit dem EU-Ausschuss des französischen Senats in Stuttgart und zum zweiten Sitzungsteil in Straßburg, in dem es u. a. um die Rolle der nationalen Parlamente im institutionellen Gefüge der EU und die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips gegangen sei, zugänglich seien.

Staatssekretär Florian Hassler wies darauf hin, die Protokolle der Gespräche seien nicht öffentlich, weshalb er sie dem Ausschuss auch nicht zur Verfügung stellen könne.

Er bot an, noch einige Sätze zum Vorsitz der Internationalen Bodensee-Konferenz (IBK) zu sagen, und führte aus, am 13. Dezember 2024 werde Baden-Württemberg vom Kanton Appenzell Innerrhoden den IBK-Vorsitz, das sogenannte IBK-Steuertrad, übernehmen. In der Internationalen Bodensee-Konferenz besprächen die Bodenseeanrainer – Baden-Württemberg, Bayern, einige Kantone der Schweiz, aber auch Liechtenstein und der Vorarlberg – gemeinsam Themen rund um den Bodensee. Dabei gehe es aber nicht nur um Themen wie Bodenseeschifffahrt oder Tourismus. Vielmehr sei dieses Dreiländereck für Baden-Württemberg auch ein sehr wichtiger Wirtschafts- und Lebensraum. Die Internationale Bodensee-Konferenz sei vor über 50 Jahren gegründet worden. Es werde sehr eng und sehr vertrauensvoll zusammengearbeitet. Die IBK habe ein Stück weit auch Modellcharakter, weil ihr auch Anrainer angehörten, die nicht in der EU seien. Bei Liechtenstein, das dem Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) angehöre, und der Schweiz, wo jetzt gesehen werde, wie die bilateralen Verträge ausgestaltet würden, gebe es jeweils unterschiedliche Beziehungen zur Europäischen Union.

Dem gelte es im Vorsitzjahr Rechnung zu tragen. Gleichzeitig werde aber auch die baden-württembergische Schweiz-Strategie, die den Ausschussmitgliedern im Übrigen in den nächsten Wochen zugehen werde – die regierungsinterne Abstimmung sei jetzt beendet –, berücksichtigt.

Das Motto des Vorsitzjahres laute „Sichtbar vernetzt“. Die Bekanntheit der IBK solle bei den Menschen vor Ort im Bodenseeraum, aber auch im politischen Spektrum noch gesteigert werden. Durch Besuche in Brüssel und in Berlin solle der Bodenseeraum noch stärker ins Bewusstsein gerufen werden.

Eine Kabinettsvorlage mit den inhaltlichen Schwerpunkten werde am 12. November ins Kabinett eingebracht. Auch diese Vorlage werde den Ausschussmitgliedern in den nächsten Tagen zugehen.

Ein inhaltlicher Schwerpunkt sei auf den Bereich Umwelt und Natur gelegt worden. Das sei auch etwa der Bereich, aus dem heraus die IBK entstanden sei. Es gehe darum, über die Grenzen hinweg die Natur rund um den Bodensee gemeinsam zu stärken. Ganz konkret sei beabsichtigt, sich mit den invasiven Arten – Stichworte Quagga-Muschel, Stichling –, aber auch dem Kormoranmanagement rund um den See zu beschäftigen. Es gehe um sehr konkrete Themen, die die Menschen vor Ort umtrieben.

Ein weiterer Schwerpunktbereich sei das Thema Mobilität. So sollten grenzüberschreitende Fragen in Bezug auf den ÖPNV, den Radverkehr und die Bodenseeschifffahrt besprochen werden.

Der dritte Punkt betreffe den wirtschaftspolitischen Bereich. So sei beabsichtigt, sich über Digitalisierung und künstliche Intelligenz weiter zu vernetzen. Es gebe in der IBK bereits eine Digitalisierungsinitiative, die in Baden-Württemberg vom Wirtschaftsministerium geführt werde. Da sollten Projektmittel in die Hand genommen werden, um weitere Impulse zu setzen. Hier sei auch der BODENSEE SUMMIT digital geplant.

Der vierte Bereich betreffe das Thema „Sicherheit und Krisenmanagement“. In der Coronapandemie sei festgestellt worden, wie wichtig es sei, in solchen Themen grenzüberschreitend zusammenzuarbeiten. Das gelte auch für Katastrophen und Notfalllagen. So sei jetzt auch die EU-Katastrophenschutzübung Magnitude, die beim Innenministerium angesiedelt sei, zusammen mit der Schweiz durchgeführt worden. Es sei ein großer Erfolg, dass es gelungen sei, die Schweiz an dieser europäischen Katastrophenschutzübung zu beteiligen. Es sei sicher auch sehr interessant, im Nachgang auszuwerten, wie die Übung gelaufen sei.

Im Übrigen gebe es die Bodensee-Konferenz nicht nur auf Regierungsebene, sondern auch das Parlamentariergremium der Bodensee-Konferenz, bei der Baden-Württemberg nächstes Jahr ebenfalls den Vorsitz innehaben werde. Es sei wichtig, dass sich Regierung und Parlamentarier gut absprächen und gut vernetzten, sodass möglichst viele gemeinsame inhaltliche Aufschläge zustande kämen – so, wie es in Baden-Württemberg gute Tradition sei, dass in solchen Fragen zwischen Landtag und Regierung fraktionsübergreifend eng zusammengearbeitet werde.

Vorsitzender Willi Stächele bedankte sich unter dem Beifall des Ausschusses für die Ausführungen.

Ohne förmliche Abstimmung empfahl der Ausschuss für Europa und Internationales dem Plenum, von der Mitteilung Drucksache 17/7680 Kenntnis zu nehmen.

4.11.2024

Hartmann-Müller